

Änderungsantrag an den Landesrat am 26.08.2023

zum Antrag „Aufruf zum Antikriegstag und zum Aktionstag der Friedensbewegung am 3. Oktober“

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Steinfurt

Der Landesrat möge beschließen: Der Antrag „Aufruf zum Antikriegstag und zum Aktionstag der Friedensbewegung am 3. Oktober“ wird wie folgt geändert:

Abs.	Antragstext	Änderung
0.	- (als Ergänzung)	<p>Der Krieg ist zurück in Europa. Im verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine sehen wir mit Schrecken den hemmungslosen Einsatz von immer mehr und teils sogar international geächteter Waffen wie Streumunition. 10.000 ukrainische Zivilist*innen, darunter mindestens 545 Kinder und fast 500.000 getötete oder verletzte Soldaten sind dem russischen Angriffskrieg bisher zum Opfer gefallen.</p> <p>Das Töten und Sterben muss ein Ende haben! Die Logik des Krieges muss durchbrochen werden! Wir fordern zivile Lösungen statt immer mehr Waffen!</p>
1.	<p>Die Friedensbewegung bereitet zum 1. September und zum 3. Oktober dezentrale Aktionen für Diplomatie und Frieden, gegen Waffenlieferungen und weitere Aufrüstung vor.</p> <p>In NRW ist für den 3. Oktober eine Demonstration gegen die Luftwaffen-Kommandozentrale in Kalkar/Uedem geplant: Kalkar/Uedem steuert auch die Flugbewegungen im Rahmen der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“.</p>	<p>Die Gewerkschaften und die Friedensbewegung bereiten zum Antikriegstag am 1. September auch in NRW dezentrale Aktionen für Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung vor. Am 3. Oktober ist eine Demonstration gegen die NATO-Luftwaffen-Kommandozentrale in Kalkar/Uedem geplant: Dort befindet sich die Kommandozentrale für Luftkriegsaktivitäten aller Art, auch im Falle eines heißen Krieges in Europa. Dabei sind auch die nuklearen Arsenale einbezogen.</p>

2.	<p>Der Landesrat ruft alle LINKEN und alle friedliebenden Menschen in NRW zur Teilnahme an diesen Aktionen auf.</p>	<p>Der Landesrat ruft alle Mitglieder der Partei DIE LINKE in NRW, den Landesvorstand, alle Kreisverbände und alle Freundinnen und Freunde auf: Beteiligt euch an den Aktionen der Friedensbewegung zum Antikriegstag und an der Demonstration gegen die NATO-Luftwaffen-Kommandozentrale in Kalkar/Uedem. Lasst uns gemeinsam aktiv werden, um die friedenspolitischen Forderungen der Partei DIE LINKE auf der Straße sichtbar zu machen. DIE LINKE sagt nein zu Krieg und Aufrüstung!</p>
3.	<p>Alle LINKEN Kreisverbände sollen sich vor Ort aktiv in die regionalen Friedensaktivitäten einbringen. Die LAG FiP soll sie dabei mit aktuellem Info-Material und konkreten Hinweisen unterstützen. Der Landesrat fordert den Landesvorstand auf, die bevorstehenden Aktionstage der Friedensbewegung am 1. September und am 3. Oktober zu unterstützen. Der Landesrat fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE auf, die Aktionstage der Friedensbewegung am 1. September und am 3. Oktober zu unterstützen und sich aktiv für die Durchsetzung folgender Forderungen einzusetzen:</p>	<p>Wir fordern:</p>

4.	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Diplomatische Initiativen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel eines umgehenden Waffenstillstands und des Beginns von Verhandlungen ohne Vorbedingungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine ➤ Schluss mit Waffenlieferungen in alle Kriegs- und Krisengebiete ➤ Schluss mit Wirtschaftssanktionen, die die Bevölkerungen treffen, Schluss mit dem Wirtschaftskrieg ➤ keine weitere Aufrüstung der Bundeswehr, der EU und der NATO – Abrüstung ist das Gebot der Stunde ➤ eine Politik der Entspannung, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen Frieden, Klimaschutz, gerechte Entwicklung. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ den sofortigen Beginn diplomatischer Initiativen durch die Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und alle Staaten und Bündnisse, die bereit sind, an einer politischen Lösung dieses Konflikts mitzuarbeiten ➤ Schluss mit Waffenlieferungen in alle Kriegs- und Krisengebiete sowie an Staaten, die Kriege unterstützen ➤ Schutz für alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten, humanitäre Visa und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ➤ einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen ➤ daran anknüpfend ein internationales und umfassendes Aufrüstungsmoratorium für das Kriegsgebiet, als glaubwürdiges Zeichen für die Bereitschaft, diesen Krieg auf politischem Wege beenden zu wollen ➤ den vollständigen Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine ➤ die politische Überwindung der militärischen Konfrontationspolitik zwischen den NATO-Staaten und Russland sowie ein Ende der Aufrüstung der Bundeswehr, der EU und der NATO ➤ neue internationale Initiativen zur Verhinderung eines Atomkrieges, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und das Ende der nukleare Teilhabe ➤ eine Politik der Entspannung, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen Frieden, Klimaschutz, gerechte Entwicklung.
----	--	--

5.	<p>Zum Hintergrund: Am 1. September vor 84 Jahren begann der Zweite Weltkrieg. Schon seit 1949 begeht die Friedensbewegung diesen Tag als Antikriegstag (...) Tod und neues Leid über die Menschen bringen, so schnell wie möglich beendet werden!</p>	<p>Der Krieg gegen die Ukraine ist ein Verbrechen, so wie alle Kriege weltweit. Die Rolle unserer Partei DIE LINKE ist eindeutig: Wir werden die Herrschenden weiterhin unter Druck setzen, endlich politische, diplomatische Lösung zu finden, um diesen Krieg zu beenden.</p> <p>Für uns gibt es keine Doppelstandards bei Menschen- und Völkerrecht. Die Souveränität der Ukraine ist für uns ebenso unverhandelbar, wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege von NATO-Verbündeten in Syrien, im Jemen und anderswo verurteilt haben und verurteilen.</p> <p>DIE LINKE steht für zivile Alternativen und gegen die große Koalition der Aufrüstung und den militärischen Tunnelblick von Bundesregierung, EU und NATO.</p> <p>Wir sehen mit Empörung, wie die Rüstungsindustrie mit dem Töten und Sterben im Krieg historische Profite einfährt. Wir halten die 100 Milliarden Sonderverschwendung für die Aufrüstung und den immer höheren Rüstungsetat für einen Skandal angesichts dringend notwendiger sozialer und Klimaschutzinvestitionen.</p> <p>Für uns gehören die Forderungen „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Faschismus“ zusammen. Wir zeigen klare Kante gegen alle Vereinnahmungsversuche von rechts.</p> <p>Die Waffen nieder! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!</p>
----	--	--